



**BONNER
DIALOG**

«Demografische Entwicklung –
Herausforderung für
Politik in den Kommunen»

**FRIEDRICH
EBERT 
STIFTUNG**

BONNER
DIALOG

BONNER
DIALOG

BONNER
DIALOG

BONNER
DIALOG

BONNER
DIALOG

**BONNER
DIALOG**

**«Demografische Entwicklung –
Herausforderung für
Politik in den Kommunen»**

Mittwoch, 23. August 2006

Friedrich-Ebert-Stiftung

ISBN 10: 3-89892-591-9
ISBN 13: 978-3-89892-591-4

© Friedrich-Ebert-Stiftung

Herausgeber:
Friedrich-Ebert-Stiftung
Politische Akademie
53170 Bonn

Redaktion: Gisela Zierau

Fotos: Sepp Spiegel

Layout: Pellens
Kommunikationsdesign, Bonn
Druck: Printservice von Wirth,
Bergheim

Printed in Germany 2006



Begrüßung

Anke Fuchs

Vorsitzende der Friedrich-Ebert-Stiftung

Zum Bonner Dialog der Friedrich-Ebert-Stiftung begrüße ich Sie sehr herzlich. Ich freue mich, dass Sie wieder so zahlreich gekommen sind. Mit unserer Einladung zu dieser Veranstaltung hatten wir Sie um Aktualisierung Ihrer Daten zur Qualitätsverbesserung unserer Datenbank gebeten, was Sie alle in vorbildlicher Weise getan haben. Für diese überragende Resonanz möchten wir uns ausdrücklich bei Ihnen bedanken. Ihre Rückantworten werden uns dabei helfen, zukünftig noch nachfrageorientierter unsere Programme auszurichten.

„Impulse für die Zukunft der Republik“ ist die Leitidee dieser Gesprächsreihe und wir freuen uns außerordentlich, als unsere heutige Rednerin im Bonner Dialog, unsere Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann in unserem Hause begrüßen zu können.

Demografische Entwicklung – Herausforderung für Politik in den Kommunen ist das Thema, das wir uns heute gestellt haben.

Wir setzen mit unserer heutigen Veranstaltung diese herausgehobene Gesprächsreihe fort, in deren Rahmen bisher schon Gesine Schwan, Bischof Wolfgang Huber und das Ehepaar Carin Norberg und Botschafter Carl Tham und zuletzt Vizekanzler Franz Müntefering vorgetragen haben.

In der öffentlichen Diskussion, die zum Teil sehr hitzig geführt wird, wird die Tragweite der demografischen Entwicklung in Deutschland sehr unterschiedlich eingeschätzt. Prognostiziert wird ein doppelter demografischer Wandel, bedingt durch einen gravierenden Geburtenrückgang bei gleichzeitig längerer Lebenserwartung der Bevölkerung.

Während die einen beklagen, dass die Bevölkerungswissenschaft nicht deutlich genug auf die klar absehbaren Konsequenzen, die aus

bestimmten Entwicklungen erwachsen, hinweist, bekommt für andere die Demografie demagogische Züge. Es wird ihr eine Instrumentalisierung durch gewisse Interessengruppen unterstellt, die mit der Angst vor dem „Demografischen Wandel“ politische Ziele durchsetzen wollen. Oft lautet ihre einfache Aussage: Fakten über die Zukunft gibt es nicht, insofern ist das Thema „Demografie“ ein politisches Thema und sollte auch als solches von allen Seiten beleuchtet werden. Weniger Kinder bedeuten weniger Wissenschaftler, Unternehmer, Konsumenten, Arbeitnehmer usw. entgegen wiederum die dramatisierenden Stimmen. Mit der Konsequenz, dass wir unseren bisherigen Wohlstand nicht behalten können.

Ungeachtet der Debatte über treffsichere wissenschaftliche Bevölkerungsprognosen und ihre Einflussfaktoren, werden Anpassungen an die geringere Bevölkerung und deren veränderte Zusammensetzung erforderlich. Darin sind sich Wissenschaft und Politik einig.

Dieses ist gleichermaßen eine kommunale, regionale wie nationale Aufgabe. Sie erfordert von allen Akteuren konkretes Handeln im Hinblick auf die Neuordnung, vor allem in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Soziales, Kultur, Wirtschaft und Arbeit, Verkehr sowie Ver- und Entsorgung.

Niedrige Geburtenraten – das Geburtendefizit lag im vergangenen Jahr bei 144 000 –, hohe Abwanderung besonders in Ostdeutschland und starke Alterung insgesamt kennzeichnen den demografischen Wandel. Diese Herausforderungen zwingen immer mehr Kommunen zu einem Paradigmenwechsel: vom „gesteuerten Wachstum“ zum „gestaltenden Umbau“.

Hierin kann aber auch eine Entlastung für die Kommunen gesehen werden, wenn sich durch den „Rückbau“ von Infrastruktureinrichtungen und Dienstleistungen der Handlungsspielraum für andere öffentliche Aufgaben erweitert. Und es werden diejenigen Expertenstimmen in der öffentlichen Diskussion immer lauter, die auch von den „Chancen des Schrumpfens“ sprechen.

Insbesondere Ökonomen betrachten eher die Produktivität einer Volkswirtschaft und das Pro-Kopf-Einkommen – was bei sinkenden Einwohnerzahlen zunächst deutlich steigt – als die Bevölkerungsent-



wicklung. Wegdiskutieren lässt sich aber nicht, dass die demografischen Veränderungen die Wirtschaftskraft der Städte- und Gemeinden und ihre Haushalte erheblich beeinflussen werden. Hier ist Mut zum Handeln gefragt und der Wille die eigene Situation zukunftsorientiert zu bewältigen.

Über alle diese Fragen und Herausforderungen für Politik in den Kommunen wollen wir heute mit Bärbel Dieckmann sprechen.

Die Politik von Bärbel Dieckmann für die Bundesstadt Bonn zeichnet sich durch diesen geforderten Mut und Willen aus, nachhaltig die Wirtschaftskraft und damit die Zukunftsfähigkeit ihrer Stadt zu erhalten. Trotz oder gerade wegen des Berlin-Bonn-Gesetzes von 1994 ist es ihr in den vergangenen Jahren gelungen, den Strukturwandel Bonns von der Verwaltungsstadt zum Dienstleistungszentrum voranzubringen. Es ist der Stadt gelungen neue Unternehmen anzusiedeln und sich nicht nur als Operationsbasis der Vereinten Nationen, sondern auch für weitere internationale Einrichtungen anzubieten.

Liebe Bärbel, ich danke Dir sehr, dass Du unsere Einladung zum Bonner Dialog angenommen hast.

Du hast als Kommunalpolitikerin bewiesen, dass „Global denken und lokal handeln“ als Leitprinzip für kommunale Politik für die Menschen in der Region und darüber hinaus konkret in praktisches

kommunales Handeln umsetzbar ist. Du bist international engagiert: Als Vorsitzende des Weltbürgermeisterrates zum Klimawandel und als Exekutivpräsidentin des Rates der Gemeinden und Regionen Europas.

Wir alle wissen: Deine politische Heimat ist die SPD und hier insbesondere dein Kessenicher Ortsverein. Du gestaltest Politik und trägst Verantwortung auch auf der bundespolitischen Ebene. Und Du hast hier in Bonn gezeigt, welche Kraft sich entfalten lässt, wenn man auf das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger setzen kann.

Ich bitte nun Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann, zu uns zu sprechen.



Seit Ende der 60er Jahre ist jede Kindergeneration zahlenmäßig um ein Drittel kleiner als die Elterngeneration. Immer weniger Frauen gebären immer weniger Kinder. Die Geburtenrate ist heute auf dem niedrigsten Stand seit 1946.

Demografische Entwicklung – Herausforderung für Politik in den Kommunen

Bärbel Dieckmann

Stellvertretende Bundesvorsitzende der SPD und
Oberbürgermeisterin der Stadt Bonn

Wenn wir heute von demografischen Wandel sprechen, dann sprechen wir eine Entwicklung an, in der wir uns bereits mittendrin befinden und mit der wir uns auf wissenschaftlicher und auf politischer Ebene auch schon seit längerem beschäftigen. Dennoch müssen wir feststellen, dass wir – trotz aller Kenntnisse und statistischer Zahlen – 25 Jahre lang die wirkliche Herausforderung durch den demografischen Wandel nicht wahrgenommen haben. Lassen Sie mich einige Zahlen nennen: seit Ende der 60er Jahre ist jede Kindergeneration zahlenmäßig um ein Drittel kleiner als die Elterngeneration. Immer weniger Frauen gebären immer weniger Kinder. Die Geburtenrate ist heute auf dem niedrigsten Stand seit 1946. Zehn Eltern haben heute im Schnitt nur noch sechs Kinder, vier Enkel und zwei Urenkel. Was das bedeutet, kann man ungefähr ermessen: im Jahr 2050 wird jeder Dritte in Deutschland 60 Jahre und älter sein. Das entspricht einer Zunahme

der über 60-Jährigen um 60 Prozent. Auf einen Rentner entfallen im Jahr 2050 statistisch gesehen zwei Erwerbstätige. Heute sind es immerhin noch vier. Und in vielen deutschen Großstädten wird im Jahr 2050 die Hälfte der Einwohner einen Migrationshintergrund haben.

Ich möchte diese Zahlen nicht bewerten. Aber ich möchte sie gleich an den Anfang stellen, weil sie einiges veranschaulichen. Der demografische Wandel hängt mit der Zunahme der Lebenserwartung und einer sinkenden Geburtenrate zusammen. Lassen Sie mich dabei aber gleich zu Beginn unmissverständlich klarstellen: ich begrüße es sehr und betrachte es als eine wunderbare Chance, dass wir Menschen heute älter werden können. Es ist eine große Chance, dass wir gesund älter werden können. Die meisten Seniorinnen und Senioren können bis in einem Alter von 80 Jahren noch selbständig leben und reisen und den Ruhestand genießen. Deshalb sollten wir die Diskussion über den demografischen Wandel nie mit einem Bedauern über das Älterwerden in Verbindung bringen. Aber wir müssen Antworten auf diese Entwicklung geben. Das ist entscheidend.

Der Rückgang der Geburten in der Bundesrepublik Deutschland ist eine Tatsache. Und ich will bereits zu Beginn sagen: Wenn wir keine Zuwanderung in dieses Land hätten, dann wären die demografischen Probleme noch viel größer. Um den Bevölkerungsrückgang auszugleichen, bräuchten wir in den nächsten Jahren eine Zuwanderung von etwa 200.000 bis 500.000 Menschen jährlich. Auch hier stellt sich die Frage: Wünschen wir eine Zuwanderung in dieser Größenordnung?

Können wir die damit verbundene Integrationsleistung tatsächlich vollbringen?

Anke Fuchs hat es in ihrer Einladung bereits gesagt: in der Bundesrepublik Deutschland gibt es eine lange wissenschaftliche Diskussion zum demografischen Wandel. So haben sich die Enquetekommission des Bundestages, die 2002 ihr Ergebnis vorlegte, und der Zukunftsrat NRW

intensiv mit dem Thema beschäftigt. Auch der Koalitionsvertrag von 2005 enthält Passagen zu dem Thema. Und die Friedrich-Ebert-Stiftung hat eine ganze Reihe von Veranstaltungen zu diesem Thema initiiert.

Um den Bevölkerungsrückgang auszugleichen, bräuchten wir in den nächsten Jahren eine Zuwanderung von etwa 200.000 bis 500.000 Menschen jährlich.

Demografischer Wandel ist also kein neues Thema. Aber wir sind nun an einen Punkt angelangt, an dem wir mehr als zuvor bereit sind, konkrete Konsequenzen aus unseren Erkenntnissen zu ziehen.

Demografischer Wandel im europäischen und internationalen Kontext

Der demografische Wandel und die niedrige Geburtenrate sind kein spezifisch deutsches Phänomen. Viele Länder in Europa sind davon betroffen, unter anderem Italien, Spanien und Griechenland. Es gibt eine breite Diskussion über die Ursachen der niedrigen Geburtenraten. Ein Erklärungsansatz sucht die Ursachen für den Geburtenrückgang in Deutschland, Spanien und Italien in deren faschistisch-national-sozialistischer Vergangenheit und der Tatsache, dass nach dem Krieg die Mutterideologie nicht weiter im gesellschaftlichen Mittelpunkt verankert werden sollte. Wahrscheinlicher scheint mir allerdings zu sein, dass vor allem Länder betroffen sind, in denen keine konsequente Gleichstellungspolitik betrieben wurde. Denn es gibt durchaus auch Beispiele, die vom demografischen Wandel weniger einschneidend betroffen sind, wie z. B. Frankreich oder die skandinavischen Länder. Die schwedische Sozialministerin hat vor einigen Wochen im Rahmen dieser Veranstaltungsreihe der Friedrich-Ebert-Stiftung einen sehr interessanten Vortrag zu dem Thema gehalten und zeigte auf, was in Schweden getan wird, um Frauenerwerbstätigkeit und Geburtenrate stabil zu halten und zu erhöhen, um auf diese Weise den demografischen Wandel abzuschwächen.

Bei der Diskussion über demografischen Wandel darf nicht vergessen werden, dass es auch viele Länder mit sehr hohen Geburtenraten gibt, z. B. in großen Teilen Afrikas oder Asiens sowie in einigen arabischen Staaten. Der Soziologe Ulrich Beck spricht in diesem Zusammenhang von einer „demografischen Polarisierung“. Es wäre sicher interessant, auch einmal über die globalen demografischen Trends und deren Auswirkungen zu sprechen – vielleicht als Anregung für eine der nächsten Einladungen der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Einen wichtigen Ansatzpunkt für die Gestaltung des demografischen Wandels sehe ich in der Familienpolitik. Wir müssen Familien wieder stärker fördern. Eine Gesellschaft ohne Kinder ist eine Gesellschaft ohne Zukunft.



Es ist unstrittig, dass die rückläufigen Bevölkerungszahlen sowie die rückläufige Kinderquote Konsequenzen für die wirtschaftlichen Strukturen haben. Einige Ökonomen gehen davon aus, dass die geringere Binnennachfrage in der Bundesrepublik auf die sinkende Geburtenrate zurückzuführen ist. Denn junge Familien konsumieren und investieren mehr als ältere Menschen, die einen Großteil ihrer Anschaffungen bereits getätigt haben. Auswirkungen hat der Bevölkerungsrückgang auch auf unsere sozialen Sicherungssysteme. Auch dieses Thema will ich heute Abend nicht weiter vertiefen. Selbstverständlich muss diese Entwicklung weiter beobachtet werden. Wir sollten aber nicht glauben, dass irgendjemand in Zukunft Kinder bekommen wird, weil ansonsten die sozialen Sicherungssysteme zusammenbrächen. Hier muss man Ursachen und Wirkungen voneinander trennen. Fest steht: was auf die heutige Generation zukommen wird, können wir noch gar nicht ermessen.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern

Einen wichtigen Ansatzpunkt für die Gestaltung des demografischen Wandels sehe ich in der Familienpolitik. Wir müssen Familien wieder stärker fördern. Eine Gesellschaft ohne Kinder ist eine Gesellschaft ohne Zukunft. Deshalb wünsche ich mir, dass wir die Geburtenrate von derzeit 1,2 wieder auf 1,7 oder vielleicht sogar auf 1,8 steigern können.

Ich weiß, dass dieser Wert hoch gegriffen ist. Aber auch hier lohnt der Blick nach Skandinavien, nach Schweden und Norwegen.

Eine gute Wirtschafts- und Sozialpolitik beginnt mit Kindern. Dies sollte im Mittelpunkt unseres Handelns stehen. Kinderpolitik ist Gesellschaftspolitik. Das haben wir schon lange vergessen. Bischof Huber hat in seiner großen Berliner Rede in der Französischen Kirche von der „kindvergessenen“ Gesellschaft gesprochen. Wohlweislich nicht von einer kinderfeindlichen. Ich glaube, das ist die richtige Beschreibung. Wir müssen Gesellschaftspolitik wieder als Kinderpolitik verstehen lernen. Kinder, davon bin ich überzeugt, sind unsere Zukunftssicherung.

Ich habe bereits die Renten und die soziale Sicherungssysteme erwähnt. Darunter verstehe ich aber mehr als nur die finanzielle Sicherung. Viele von uns, die die Chance haben alt zu werden, werden irgendwann einmal Pflege und Versorgung benötigen. Der Anteil der Pflegebedürftigen wird steigen. Um die Versorgung sicherzustellen brauchen wir nachrückende, jüngere Generationen, die bereit sind, nicht nur die finanziellen Leistungen, sondern auch die damit verbundenen Arbeitsleistungen zu erbringen. Kinder sind unsere Zukunftssicherung und wir müssen dafür eintreten, dass die Kosten gerecht verteilt werden.

Um die Versorgung sicherzustellen brauchen wir nachrückende, jüngere Generationen, die bereit sind, nicht nur die finanziellen Leistungen, sondern auch die damit verbundenen Arbeitsleistungen zu erbringen.

Wir haben in der Bundesrepublik viele Jahre lang übersehen, welche Kosten auf die Familien zukommen. Wer heute Kinder großzieht und dafür auf Karrierechancen verzichtet – dies gilt vor allem für Frauen – muss am Ende seines Arbeitslebens mit Abzügen bei der Rente rechnen. Dabei sind es genau diese Kinder, die wiederum Renten für diejenigen zahlen, die selbst keine Kinder großgezogen haben. Auch darüber müssen wir nachdenken. Auch mit einem gängigen Vorurteil möchte ich an dieser Stelle aufräumen, nämlich damit, dass Gesellschaften mit hoher Frauenerwerbsquote weniger Kinder haben. Vielmehr ist genau das Gegenteil der Fall: oft haben Gesellschaften mit einer hohen Frauenerwerbsquote auch eine höhere Geburtenrate. Dies

gilt sowohl für Frankreich als auch für die skandinavischen Staaten. Für uns bedeutet das, dass wir für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie Sorge tragen müssen. Gegenwärtig haben wir in der Bundesrepublik eine Entwicklung, in der die gut Ausgebildeten keine Familien mehr gründen und der Karriere wegen lieber auf Kinder verzichten. Das muss sich ändern.

Bildungschancen verbessern

Ein weiterer wichtiger Aspekt – ich habe das Stichwort Integration bereits genannt – ist die Entkopplung der Lebenschancen von Kindern von ihrer Herkunft. Hierbei handelt es sich um eine eminent wichtige gesellschaftliche Aufgabe. Untersuchungen belegen, dass Kinder aus ärmeren Familien und Kinder mit Migrationshintergrund wesentlich schlechtere Bildungschancen haben. Überproportional viele dieser Kinder beenden die Schule mit schlechten Noten oder ohne Abschluss und es gelingt nicht, die Arbeitslosenquote in dieser Gruppe signifikant zu verringern. Als Folge haben sich in vielen Städten Parallelgesellschaften gebildet. Deshalb müssen wir jeden mitnehmen. Der Satz: „Wir dürfen kein einziges Kind zurücklassen“ wird immer wichtiger. Noch aber haben wir nicht die dafür passenden Rezepte und Antworten gefunden.

Versetzen Sie sich einmal in die Lage von Familien. Was brauchen Familien? An vorderster Stelle stehen Zeit, eine gute Betreuungsinfrastuktur und finanzielle Mittel. Wir brauchen eine Stärkung von Familien und Kindern. Ich nenne hier das Stichwort „humane Arbeitswelt“. Eine wesentliche Ursache dafür, warum junge und gut ausgebildete Menschen keine Familien mehr gründen und keine Kinder mehr bekommen, liegt in den heutigen Arbeitsbedingungen begründet, die einen Einstieg in die Familiengründung zunehmend erschweren. Die „Generation Praktika“ hat sich inzwischen zu einem feststehenden Begriff entwickelt. Viele Berufseinsteiger zwischen 20 und 30 Jahren müssen heute mit befristeten Arbeitsverträgen vorlieb nehmen. Hinzu



Dabei könnten Karriereschritte auch noch mit 40 Jahren in Angriff genommen werden, bezogen auf ein Renteneintrittsalter von 67 stünden da immer noch 27 Jahre zur Verfügung.

kommen wachsende Anforderungen in Bezug auf Mobilität. Ich denke da an die vielen Wochenendbeziehungen. Aber gleichzeitig verlangen wir, dass genau in dieser Phase Familien gegründet werden sollen. Ich sage ausdrücklich: Wir müssen mit den Unternehmen ins Gespräch kommen, um hier andere Rahmenbedingungen zu schaffen und meine damit auch eine Aufgabe, die wir, als Gesellschaft, als Politiker und als Stiftungen gemeinsam wahrnehmen müssen.

Entzerrung von Lebensarbeitszeiten

Ein weiterer wichtiger Aspekt, den ich in den nächsten Jahren für ganz entscheidend halte, ist die Entzerrung der Lebensarbeitszeiten. Hierfür gibt es keine Patentrezepte. Aber die Tatsache, dass wir immer älter werden und zugleich länger aktiv und kreativ bleiben, lässt es unverständlich erscheinen, warum junge Leute heute eine lange Ausbildung absolvieren und erst mit 27 oder 28 Jahren in den Beruf einsteigen. Zu einem Zeitpunkt, in der während einer kurzen Zeitspanne sowohl berufliche Weichen und Karrierechancen ergriffen als auch eine eigene Familie gegründet werden sollen. Besonders betroffen hiervon sind Frauen, bei denen zusätzlich noch die biologische Uhr tickt. Dabei könnten Karriereschritte auch noch mit 40 Jahren in Angriff genommen werden, bezogen auf ein Renteneintrittsalter von 67 stünden da immer noch 27 Jahre zur Verfügung. Ich sehe hier eine Herausforderung für uns alle: für die Kommunen, für Unternehmen für Land und Bund.

Ich habe bewusst mit der Zukunftssicherung für Familien und Kinder angefangen. Nun möchte ich auch etwas zu den Älteren sagen. Wir brauchen eine zukunftsorientierte Seniorenpolitik mit einem stabilen und ehrlichen Rentensystem. Wer kann der Aussage, „die Renten sind sicher“, vertrauen, wenn die entsprechenden Daten keineswegs

Die Menschen müssen stattdessen stärker motiviert werden sich zusätzlich zu ihren Renten auch privat abzusichern. Ich weise ausdrücklich darauf hin, dass jeder sich selbst für das Wie entscheiden muss und auf was er dafür zu verzichten bereit ist.

damit übereinstimmen. Die Menschen müssen stattdessen stärker motiviert werden sich zusätzlich zu ihren Renten auch privat abzusichern. Ich weise ausdrücklich darauf hin, dass jeder sich selbst für das Wie entscheiden muss und auf was er dafür zu verzichten bereit ist. Auch müssen ältere Menschen weiter qualifiziert werden, weil sie zunehmend in der Lage sein werden ihre Kenntnisse und ihre Erfahrungen in vielfältiger Weise in die Gesellschaft mit einzubringen. Etwa im Berufsleben, z. B.

durch das Coaching von Berufseinsteigern oder bei ehrenamtlichen Tätigkeiten. Wir Kommunen müssen dafür Sorge tragen, dass adäquate Wohnmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Und was für mich ganz wichtig ist: Wir müssen uns Gedanken darüber machen, wie der Zusammenhalt zwischen den älteren und den jüngeren Generationen gewährleistet werden kann. Auch hier gibt es noch viele gute Ideen, die wir in den Kommunen umsetzen können.

Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Kommunen

Da ich gerade die Kommunen angesprochen habe, möchte ich nun auf die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die kommunale Ebene zu sprechen kommen. Denn die kommunale Ebene ist von den Auswirkungen des demografischen Wandels besonders betroffen. Bereits heute kann man in der Bundesrepublik Regionen unterscheiden, die stark oder weniger stark vom demografischen Wandel betroffen sind; Regionen, die Bevölkerungsverluste zu verzeichnen haben und

solche, in denen neue Arbeitsplätze entstehen. Unsere Region, die Stadt Bonn und der Rhein-Sieg-Kreis, gehört glücklicherweise zu den Regionen, die noch über ein beachtliches Wachstumspotenzial verfügt. Dennoch werden die Folgen des demografischen Wandels auch bei uns spürbar und wir müssen dieses Thema angehen.

Bevölkerungsrückgang und Abwanderung

Der demografische Wandel beeinflusst die Standortqualität von Kommunen. Bereits heute müssen sich einige Städte und Gemeinden intensiv mit dem Thema Rückbau befassen. Das gilt vor allem für Städte und Gemeinden in den neuen Bundesländern. Magdeburg hat in den letzten Jahren 61.000 Einwohner verloren, Halle sogar 90.000. Die Einwohnerzahl der Stadt Neubrandenburg ist seit der Wende von über 90.000 auf jetzt nur noch 68.000 Einwohner geschrumpft. Die junge, gut ausgebildete Generation zieht aus dem Osten weg. Ich habe im vergangenen Jahr einen Ort in Sachsen-Anhalt besucht, dessen Grundschule vor fünf Jahren noch 140 Schüler und Schülerinnen besucht haben, wo heute aber nur noch 70 Kinder anzutreffen sind. In anderen Dörfern gibt es heute bereits gar keine Kinder mehr. Aber nicht nur die neuen Bundesländer sind betroffen, sondern auch Städte in den alten Industriezentren Westdeutschlands, insbesondere im Ruhrgebiet. Die Stadt Essen zum Beispiel hat in den vergangenen Jahren 20.000 Einwohner verloren. Mit dem Rückgang der Bevölkerung sinkt die Kaufkraft in den Städten. Darunter leiden Handwerk, Einzelhandel und Dienstleistungserbringer. Die Abwanderung führt zum Abbau von Arbeitsplätzen und trägt damit zur Arbeitslosigkeit bei. Meist sind es, wie im Falle Ostdeutschlands, vor allem die jungen, gut qualifizierten Menschen, die gehen. Die langfristigen Folgen dieser Entwicklung sind schwer rückgängig zu machen.

Die junge, gut ausgebildete Generation zieht aus dem Osten weg. Ich habe im vergangenen Jahr einen Ort in Sachsen-Anhalt besucht, dessen Grundschule vor fünf Jahren noch 140 Schüler und Schülerinnen besucht haben, wo heute aber nur noch 70 Kinder anzutreffen sind.

Steigende Kosten für Daseinsvorsorge

Der Bevölkerungsrückgang in den Kommunen bringt Probleme mit sich, z. B. bei der Erbringung öffentlicher Dienstleistungen. Denn durch den Bevölkerungsrückgang erhöhen sich die Kosten für die Bereitstellung öffentlicher Infrastruktur. Angeboten wird eine funktionierende Abwasserentsorgung, öffentlicher Personennahverkehr, Freizeit- und Kulturangebote müssen aufrechterhalten werden, um ein Mindestmaß an Attraktivität zu wahren, unabhängig davon, wie viele Menschen sie nutzen. Da die Kosten hierfür aber auf weniger Bürgerinnen und Bürger umgelegt werden, steigen die Belastungen pro Einwohner. Für manche Städte sind diese Kosten bereits heute nicht mehr tragbar. Es gibt gerade in den Flächenländern schon Regionen, wie in der Uckermark oder in Teilen von Mecklenburg-Vorpommern, die landschaftlich zwar wunderschön sind, in denen es aber bereits keine flächendeckende Infrastruktur mehr gibt.

Handlungsansätze auf kommunaler Ebene

Die genannten Beispiele machen deutlich, dass es schrumpfenden Kommunen keinesfalls finanziell besser, sondern tendenziell deutlich schlechter geht. Deshalb müssen wir über neue Ausgleichssysteme und Finanzausgleiche nachdenken, denn es wäre unverantwortlich, diese Kommunen alleine zu lassen. Stattdessen müssen wir die Aufgaben als Ganzes angehen. Dabei setze ich wieder bei einem Thema an, das ein

zentrales Handlungsfeld in den Kommunen ist: eine kinder- und familienfreundliche Politik. Kinder- und Familienfreundlichkeit ist heute ein wichtiger Standortfaktor. Ich habe bereits erwähnt, dass Arbeitsplatzrückgänge mit Bevölkerungsrückgängen und niedrigen Geburtenraten korrespondieren. Die Stadt Bonn und der Rhein-Sieg-Kreis zeigen beispielhaft, dass junge Menschen

Die Stadt Bonn und der Rhein-Sieg-Kreis zeigen beispielhaft, dass junge Menschen und junge Familien in wirtschaftlich starke Regionen mit einem wachsenden Arbeitsplatzangebot ziehen.



Ich habe bereits erwähnt, dass wir in der Bundesrepublik den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz haben. Die Kommunen sind verpflichtet, für jedes Kind einen Kindergartenplatz anzubieten.

und junge Familien in wirtschaftlich starke Regionen mit einem wachsenden Arbeitsplatzangebot ziehen. Und wie ich zu Beginn meiner Rede ausgeführt habe, liegen Frauenerwerbstätigkeit und Familienfreundlichkeit eng zusammen. Junge Frauen und Männer wollen nach einer qualifizierten Ausbildung erwerbstätig sein und müssen es mitunter auch. Daher ist es unsere gesellschaftliche Aufgabe, ihnen diese Möglichkeit zu bieten.

Bildung und Betreuung enger verknüpfen

Ich habe bereits erwähnt, dass wir in der Bundesrepublik den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz haben. Die Kommunen sind verpflichtet, für jedes Kind einen Kindergartenplatz anzubieten. Dieser Anspruch ist in den meisten Kommunen erfüllt. Gefordert werden aber immer mehr Ganztagskindergarten-Angebote, die flexiblere Betreuungszeiten bis weit in den Nachmittag hinein anbieten. In der Konsequenz bedeutet das für die Kommunen einen weiteren Ausbau des Angebots an Kindertagesstätten. Und das nicht allein aufgrund der demografischen Notwendigkeiten, sondern auch aus Bildungs- und Integrationsgründen. Wir brauchen eine konsequente Verbindung von Bildung und Betreuung. Denn die frühe Kindheit ist die Lebensphase, in der Kinder am meisten und am intensivsten lernen. Gerade Kinder aus Migrantenfamilien müssen wir in dieser Phase besser in die Kindergärten integrieren. Nur dort werden sie im Umgang mit anderen

Kindern die Möglichkeit haben, die deutsche Sprache zu erlernen. Und nur mit einer solchen aktiven Integrationspolitik wird es gelingen, jungen Migrantinnen und Migranten eine gute Bildung zu vermitteln und damit stärker in unsere Gesellschaft einzubinden.

Die Ganztagskindergarten-Angebote müssen die unter Dreijährigen einschließen. Diese Forderung ist ein ursozialdemokratisches Anliegen, das wir in den letzten Jahren vorangetrieben haben.

Die Ganztagskindergarten-Angebote müssen die unter Dreijährigen einschließen. Diese Forderung ist ein ursozialdemokratisches Anliegen, das wir in den letzten Jahren vorangetrieben haben. Es ist unser selbst gestecktes Ziel eine Versorgungsquote von 20 Prozent bis zum Jahr 2010 zu erreichen. Für ländliche Regionen mag das genügen, in den Städten wird es hingegen nicht ausreichen. Beispiel Bonn: Wir

haben gegenwärtig mit Tagesmüttern und mit neu geschaffenen Betreuungsplätzen eine Versorgungsquote von etwa 16 Prozent erreicht. Aber gleichzeitig spüren wir ein zunehmendes Interesse und eine steigende Nachfrage nach diesem Angebot. Der Grund: wir beschäftigen uns erstmals intensiv mit den Anforderungen junger Familien. Natürlich gelten heute andere Ansprüche und Bedürfnisse als noch vor zehn Jahren. Damals ist niemand auf die Idee gekommen, den unter Dreijährigen einen Platz in einer Tageseinrichtung anzubieten. Als wir damals unsere Kinder großgezogen haben, mussten wir, um berufstätig bleiben zu können, noch auf private Hilfe innerhalb der Familie zurückgreifen. Heute fordern die jungen Familien diese Angebote von öffentlicher Seite ein und ich sage ausdrücklich: Sie haben Recht!

Glücklicherweise gehört die Diskussion, ob ein solches Angebot für unter Dreijährige gut oder schlecht für die Kinder sei, heute der Vergangenheit an. Frühere Generationen von Frauen, die erwerbstätig sein wollten und einen Platz in einer Kindertageseinrichtung beanspruchten, mussten sich dem Vorwurf stellen, dass dies schädlich für das Kind sei. Diese Position ist heute vollkommen überholt und durch keine Fakten zu belegen. Das Beispiel Schweden zeigt es. Dort erweisen sich gute Kindergärten und Tageseinrichtungen mit qualifizierten Bildungs- und Betreuungsangeboten als förderlich für die Bildung, das

soziale Umfeld und die gesellschaftliche Integration der Kinder. Gerade die Ergebnisse der PISA-Studien zeigen, dass Länder wie Schweden und Norwegen, nicht zuletzt wegen des höheren Anteils von Frauen am Erwerbsleben, wirtschaftlich stabiler und schulisch erfolgreicher sind.

Ganztagesgeschulangebote ausbauen

Zur Verbesserung der Bildungschancen der Kinder gehören auch Ganztagsgrundschulen. In Bonn wird in diesem Jahr, dank der Ausweitung des Angebotes an offenen Ganztagesgeschulen, eine Versorgung von 40 Prozent erreicht. Möglich wurde die Einrichtung dieser Ganztagsgrundschulen durch ein vier Milliarden Euro Investitionsprogramm der vergangenen Bundesregierung, das die notwendigen Investitionen für Erweiterungsbauten ermöglicht hat. Die erforderlichen Personalkosten werden dadurch allerdings nichtg abgedeckt. Diese Herausforderung bleibt auf den Kommunen lasten.

Durch die Erweiterung des Angebotes an offenen Ganztagesgeschulen können wir den Kindern sinnvolle Betreuungs- und Freizeitangebote bieten, zum Beispiel das gemeinsame Essen in der Schule, Musik, Sport und Hausaufgabenbetreuung. Gerade weil Kinder nicht mehr in Großfamilien, sondern zunehmend in Einkind-Familien aufwachsen, können die Kinder hier ihre sozialen Kompetenzen weiterentwickeln. Zumal Kinder heute vermehrt aus Familien kommen, in denen eine gesunde Ernährung nahezu unbekannt ist und in denen es kein gemeinsames Mittagessen gibt. Ich rede hier von Schulen, von denen mir Schulleiter berichten, dass 80 Prozent der Schüler zu Hause niemals an einem gemeinsamen Tisch essen und deren Mahlzeiten überwiegend aus Fastfood besteht. Untersuchungen belegen, dass in einer Stadt wie Bonn bereits 28 Prozent der drei- bis sechsjährigen Kinder an erheblichen Defiziten

Untersuchungen belegen, dass in einer Stadt wie Bonn bereits 28 Prozent der drei- bis sechsjährigen Kinder an erheblichen Defiziten gesundheitlicher und sprachlicher Art sowie an den Folgen ungesunder Ernährung leiden.



Mit einer konsequenten Verbindung von Bildung und Betreuung müssen wir integrierte Angebote für Familien schaffen durch Familienzentren und durch Lokale Bündnisse für Familien, die die Jugend- sowie die Sozialhilfe mit einbeziehen.

gesundheitlicher und sprachlicher Art sowie an den Folgen ungesunder Ernährung leiden. Und Bonn gehört – dass sage ich hier mit aller Vorsicht – nicht unbedingt zu den sozialen Brennpunkten in der Bundesrepublik. Mit Ganztagesangeboten können wir dieser Entwicklung entgegenwirken. Ich habe viele Gelegenheiten erlebt, in denen Kinder, die nachmittags nicht in der Schule bleiben durften, diejenigen beneideten, die über Mittag bleiben durften. Ich kann nur jedem empfehlen, der die Zeit findet, einmal eine Schule in der Stadt oder in der Region zu besuchen. Die Schulen haben sich wunderbar entwickelt und bieten heute ein hohes Maß an Qualität und Lebensfreude.

Neue Ansätze in der lokalen Integrationspolitik

Die Schulen leisten in bestimmten Vierteln auch Integrationsarbeit, wie sie im Wohnviertel nicht mehr möglich ist. Gerne möchte ich an dieser Stelle Renate Schmidts' Initiative „Lokale Bündnisse für Familie“ erwähnen, die die Kommunen für diese Aufgabe sensibilisiert hat. Mit einer konsequenten Verbindung von Bildung und Betreuung müssen wir integrierte Angebote für Familien schaffen durch Familienzentren und durch Lokale Bündnisse für Familien, die die Jugend- sowie die Sozialhilfe mit einbeziehen. Die bisherigen Qualifikations- und Bildungsangebote für Migranten und Migrantinnen sind von diesen oft nicht angenommen worden. Stattdessen hat die bisher praktizierte klassische Form der Familienbildungsstätte vornehmlich bürgerliche Schichten

angesprochen. Heute müssen wir uns eingestehen, dass Lehrerinnen und Lehrer nicht ausreichend qualifiziert waren, um sich dieser Herausforderung anzunehmen. Ich sage dies ausdrücklich nicht als Vorwurf, denn das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wir Kommunen müssen für eine entsprechende Qualifizierung der Erzieher und Erzieherinnen sorgen und darüber hinaus auch die Eltern stärker einbinden. So bieten wir zum Beispiel den Müttern aus Migrationsfamilien Deutschkurse an Schulen an, weil die Mütter eher bereit sind dorthin zu gehen, wo auch ihre Kinder sind. Daher möchten wir zukünftig auch mehr Beratung zu Gesundheitsfragen und zu Unterstützungsmöglichkeiten an Schulen anbieten. Das bedeutet auch eine Dezentralisierung unserer städtischen Angebote. Man braucht nicht mehr in die Stadtmitte, um zum Jugendamt zu gelangen, sondern kann diese Angebote vor Ort, in den Familienzentren, in Anspruch nehmen. Damit fördern wir einen direkteren Zugang zu den Eltern und Kindern. Die Volkshochschulen sind in diesem Bereich wichtige Partner.

Die Notwendigkeit einer integrierten Stadtteilpolitik mit integrativen Handlungskonzepten ist heute dringender denn je. Beispiele gibt es aus Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf. Ich bin davon überzeugt, dass wir in Zukunft in die Entwicklung von Wohngebieten noch stärker steuernd eingreifen oder dies zumindest versuchen müssen. Viel zu lange haben wir dabei zugesehen, wie sich in einigen Vierteln der wichtige und unverzichtbare sozial geförderte Wohnungsbau konzentrierte, während in anderen der private Wohnungsbau dominierte. Damit wurde eine Entwicklung begünstigt, in deren Folge heute an einigen Schulen bis zu 80 Prozent der Kinder aus Migrantenfamilien kommen, in anderen hingegen nur ein verschwindend niedriger Prozentsatz. Was wir aber brauchen, ist eine gesunde Mischung. Mit solchen Fragestellungen müssen wir uns in Zukunft noch viel intensiver beschäftigen.

Viel zu lange haben wir dabei zugesehen, wie sich in einigen Vierteln der wichtige und unverzichtbare sozial geförderte Wohnungsbau konzentrierte, während in anderen der private Wohnungsbau dominierte. Damit wurde eine Entwicklung begünstigt, in deren Folge heute an einigen Schulen bis zu 80 Prozent der Kinder aus Migrantenfamilien kommen, in anderen hingegen nur ein verschwindend niedriger Prozentsatz.

Wir wissen heute, dass unsere Integrationsansätze der vergangenen Jahre nicht den gewünschten Erfolg gebracht haben. Vielmehr müssen wir heute deutliche Defizite im Bereich der Integration feststellen. Als Sozialdemokratin scheue ich nicht davor zurück, hier auch selbstkritisch Gründe zu nennen. Mit unserer sozial-liberalen Integrationspolitik wollten wir nicht den Falschen, den Rechten, in die Hände spielen. Möglicherweise haben wir auch Erkenntnisse nicht hinreichend formuliert und daraus die notwendigen Konsequenzen gezogen. Eine nüchterne Bilanz der Integrationsbemühungen wird eine wichtige Aufgabe in den Städten sein, über die wir einen breiten, gesellschaftlichen Dialog werden führen müssen.

Fähigkeiten der Älteren besser nutzen

Bei aller Familienförderung und Integrationspolitik möchte ich einen wichtigen und wachsenden Teil unserer Gesellschaft nicht vergessen: die Senioren. Wie ich bereits eingangs gesagt habe, wird der Anteil der älteren Mitbürger in unseren Städten größer werden. Das bringt Herausforderungen, aber auch Chancen. Ältere Menschen möchten so lange wie möglich selbstständig leben. Wir Kommunen sind deshalb gefordert, mehr seniorengerechte Wohnformen in den Stadtvierteln zu ermöglichen. Viele Senioren leben in Wohnungen, die nach dem Auszug der Kinder viel zu groß geworden sind. In Bonn gibt es ein sehr schönes Beispiel einer Wohnungsbaugesellschaft, die in einem Viertel bestehende Wohnungen abrisst und durch neue, seniorengerechte Wohnungen ersetzt. Seniorengerechtes Wohnen setzt aber auch ein entsprechendes Angebot im Bereich der haushaltsnahen Dienstleistungen und der ambulanten Pflege voraus. In Bonn haben wir auch angefangen uns stärker mit dem Thema Seniorenwirtschaft, also dem Angebot spezieller Dienstleistungen für Senioren, zu beschäftigen. Hierin steckt ein großes Potenzial zum Beispiel für die Handwerkerschaft und den Einzelhandel. Ich glaube, viele haben das ökonomische Potenzial der Senioren noch nicht entdeckt. Dabei gibt es Untersuchungen



Mein besonderes Interesse für die nächsten Jahre ist es auch sicherzustellen, dass für Senioren und Seniorinnen die Möglichkeit besteht sich mit ihren Fähigkeiten aktiver in die Gesellschaft einzubringen.

die belegen, dass Senioren und Seniorinnen eine durchaus kaufkräftige Gruppe unserer Gesellschaft sind. Natürlich gibt es auch ältere Menschen, die nur eine geringe Altersversorgung haben. Aber im Schnitt können Ältere heute über mehr Geld verfügen als junge Familien. Mein besonderes Interesse für die nächsten Jahre ist es auch sicherzustellen, dass für Senioren und Seniorinnen die Möglichkeit besteht sich mit ihren Fähigkeiten aktiver in die Gesellschaft einzubringen. Gesellschaftlich sollten und müssen wir dieses Potenzial besser nutzen, zumal sich die Lebensarbeitszeiten verlängern werden.

Die Diskussion über die Nutzung des Potenzials und der Erfahrung älterer Menschen ist an manchen Stellen zu spät begonnen worden. Hier gibt es noch viel Kreativität und Engagement, das besser eingebunden werden müsste. In den Kommunen müssen zum Beispiel die Bildungsangebote für ältere Leute verbessert werden. Das gilt sowohl für unsere Volkshochschulen als auch für die Universitäten, wo immer mehr ältere Menschen wieder in die Hörsäle finden. Auch der öffentliche Nahverkehr, die seniorengerechte Stadt und eine seniorengerechte Verkehrsplanung sind Bereiche, die in diesem Zusammenhang zu nennen sind. Dabei sind die Themen Senioren- und Familiengerechtigkeit nicht wirklich weit voneinander entfernt. Ein öffentlicher Nahverkehr, der seniorengerecht ist, ist auch einer der kindergerecht ist. Ein seniorengerechter Wohnungsbau eignet sich auch für Kinderwägen. Insofern sage ich an dieser Stelle: Eine menschenfreundliche Gesellschaft ist eine, die kinderfreundlich und zugleich seniorengerecht ist.



Um die zukünftigen Herausforderungen wirksam angehen zu können, müssen Städte und Kommunen verstärkt miteinander kooperieren.

Regionale Zusammenarbeit intensivieren

Um die zukünftigen Herausforderungen wirksam angehen zu können, müssen Städte und Kommunen verstärkt miteinander kooperieren. Wir in Bonn und dem Rhein-Sieg-Kreis können bereits auf eine langjährige regionale Zusammenarbeit zurückblicken. Das ist nicht überall der Fall. In Zeiten des Wachstums haben sich die Städte viele Jahre lang auf ihre eigenen Schwerpunkte konzentriert. Inzwischen aber wird die regionale und interkommunale Zusammenarbeit immer weiter intensiviert, denn viele Probleme sind nur im regionalen Verbund zu lösen. Ich denke hierbei z. B. an den Wohnungsbau, an soziale Einrichtungen und Kulturangebote und an den öffentlichen Nahverkehr. Dies gilt insbesondere für Regionen mit abnehmender Bevölkerung. Hier macht es Sinn, sich auf Stärken zu konzentrieren und Angebote an einem Ort zu bündeln. Wenn eine Stadt in vier Jahren 40.000 Einwohner verliert, dann können bestimmte Angebote nur zusammen mit dem umliegenden Kreis und den Gemeinden aufrechterhalten werden. Nicht jede Gemeinde braucht ihr eigenes Schwimmbad und ihr eigenes Theater. In der Realität hat sich diese Überzeugung aber noch nicht überall durchgesetzt. Noch immer bestimmt vielerorts „Kirchturmpolitik“ unser Denken. Hier müssen wir noch mehr aufeinander zugehen.

Öffentliche Dienstleistungsangebote anpassen

Auch die städtischen Verwaltungen wenden sich dem Thema demografischer Wandel immer stärker zu. In Bonn habe ich jüngst eine Amtsleiterkonferenz zu diesem Thema einberufen und Facharbeitsgruppen eingesetzt, die sich mit den Themen Bildung, Arbeit, Soziales, Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Kultur, Sport und Finanzen beschäftigen. Als kommunales Querschnittsthema bietet der demografische Wandel viele Ansatzpunkte. Dabei stehen wir auch in engem Kontakt mit anderen Städten, denn nicht jeder muss seine eigene Erfahrung machen, sondern wir können auch viel voneinander lernen. Wichtig ist, dass wir die Menschen in diesem Prozess mitnehmen. Das wollen wir durch erweiterte städtische Informationsangebote sicherstellen.

Ausblick

Der demografische Wandel ist nicht mehr aufzuhalten. Unsere Gesellschaft wird älter was einerseits eine Herausforderung darstellt, aber auf der anderen Seite auch Chancen bietet. Statistisch gesehen hat jedes zweite heute geborene Mädchen die Chance, hundert Jahre alt zu werden. Dies ist ohne Zweifel eine große Errungenschaft. Per se ist eine älter werdende Gesellschaft keineswegs ein Risiko, zumal in einem dicht bevölkerten Land wie der Bundesrepublik ein Bevölkerungsrückgang um 10 oder 20 Millionen Menschen keine schlechte Entwicklung sein muss. Problematisch wird es dann, wenn die gesellschaftlichen Strukturen nicht entsprechend angepasst werden. Ich bin aber auch davon überzeugt, dass eine immer älter werdende Gesellschaft ohne Kinder keine Zukunft hat. Die Möglichkeiten, die uns unsere hohe Lebenserwartung bietet, werden wir nur nutzen können, wenn wir uns gleichzeitig für eine familien- und kinderfreundliche Gesellschaft einsetzen.

Per se ist eine älter werdende Gesellschaft keineswegs ein Risiko, zumal in einem dicht bevölkerten Land wie der Bundesrepublik ein Bevölkerungsrückgang um 10 oder 20 Millionen Menschen keine schlechte Entwicklung sein muss.

Gerade vor dem Hinblick, dass sich die Generation der heute 25- bis 30jährigen zunehmend einer unsteten Berufswelt mit unsicheren Arbeitsverhältnissen gegenüber sieht und selbst für ihre eigene Vorsorge sorgen soll. Wir müssen den Dialog als auch den Diskurs zwischen den Generationen führen und gemeinsam Entscheidungen treffen.

Die Herausforderungen durch den demografischen Wandel erfordern Antworten und Entscheidungen auf vielfältige Fragestellungen. Die finanzielle Versorgung der älteren Generationen oder die Erbringung von Pflegeleistungen sind Aufgaben, denen wir uns stellen müssen. Gerade vor dem Hinblick, dass sich die Generation der heute 25- bis 30jährigen zunehmend einer unsteten Berufswelt mit unsicheren Arbeitsverhältnissen gegenüber sieht und selbst für ihre eigene Vorsorge sorgen soll. Wir müssen den Dialog als auch den Diskurs zwischen den Generationen führen und gemeinsam Entscheidungen treffen.

Lassen Sie mich abschließend dafür plädieren, dass wir, die heute und jetzt handelnde politische Generation, Antworten auf die drängenden Fragen der nachfolgenden Generation geben und Verantwortung übernehmen. Wenn wir nicht heute mit den notwendigen Maßnahmen beginnen, überlassen wir unseren Kindern und Enkeln eine Last, die für sie unmöglich sein wird, zu tragen. Es sind mitunter einschneidende Maßnahmen, die wir durchzuführen haben. Dabei sind wir – und das gilt auch für meine Generation – in der Bundesrepublik unter guten Rahmenbedingungen aufgewachsen. Wir sind eine Generation, die keinen Krieg mehr erlebte, sondern Wachstum und Sicherheit kennen lernte. Das ist auch richtig und gut so. Aber ich sage ebenfalls: wir sind nunmehr in einer Situation, in der wir einen Teil der Verantwortung für die nachkommenden Generationen übernehmen müssen und die wir nicht sich selbst überlassen dürfen. Deshalb ist das Thema Demografischer Wandel für mich ein spannendes und wichtiges Thema.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Schön, dass Sie heute Abend hier sind.





BONNER
DIALOG

BONNER
DIALOG

BONNER
DIALOG

BONNER
DIALOG

BONNER
DIALOG

Impulse für die Zukunft der Republik

Der Bonner Dialog der Friedrich-Ebert-Stiftung führt herausragende Persönlichkeiten und Impulsgeber des öffentlichen Lebens zu Fragen der Grundwerte und zu Zukunftsthemen der Gesellschaft zusammen.

ISBN 10: 3-89892-591-9
ISBN 13: 978-3-89892-591-4